



POSTANSCHRIFT Bundesministerium des Innern, 11014 Berlin

Frau
Ulla Jelpke, MdB
11011 Berlin

HAUSANSCHRIFT Alt-Moabit 140, 10557 Berlin

POSTANSCHRIFT 11014 Berlin

TEL +49 (0)30 18 681-11117

FAX +49 (0)30 18 681-11019

INTERNET www.bmi.bund.de

DATUM 9. Oktober 2015

BETREFF **Schriftliche Frage Monat Oktober 2015**
HIER Arbeitsnummer 10/10

ANLAGE - 1 -

Sehr geehrte Frau Abgeordnete,

auf die mir zur Beantwortung zugewiesene schriftliche Frage übersende ich Ihnen die beigefügte Antwort.

Mit freundlichen Grüßen
in Vertretung

Dr. Ole Schröder

Schriftliche Frage der Abgeordneten Ulla Jelpke
vom 2. Oktober 2015
(Monat Oktober 2015, Arbeits-Nr. 10/10)

Frage

Inwieweit verfügt die Bundesregierung über eigene Erkenntnisse, wonach die Arbeiterpartei Kurdistans PKK im Vorfeld der türkischen Parlamentswahlen vom 1. November 2015 ihre bisherige Linie des gewaltfreien Agierens in Deutschland verlassen könnte und es zu "militanten Aktionen" von PKK-Anhängerinnen und Anhängern bis hin zu Brandanschlägen gegen türkische Einrichtungen, Vereine und Unternehmen in der Bundesrepublik Deutschland kommen könnte, wie eine Bewertung des Landeskriminalamtes Berlin vom 15. September 2015 aufgrund angeblicher bundesweiter Erkenntnisse angibt (www.welt.de/politik/deutschland/article146598910/Polizei-warnt-vor-Anschlaegen-der-PKK-in-Deutschland.html)?

Antwort

Die Situation in Deutschland bleibt maßgeblich von der Lageentwicklung vor Ort abhängig. Sollten die Angriffe der Türkei gegen die PKK fortgesetzt werden, werden nicht nur die Demonstrationen von PKK-Anhängern in Deutschland anhalten, sondern sind auch militante Aktionen gegen türkische (halb-)staatliche Einrichtungen wahrscheinlicher. Die demonstrativen Ereignisse u. a. in Hannover, Bern und Berlin haben gezeigt, dass die aufgeheizte Stimmung sowohl auf kurdischer als auch auf türkischer Seite jederzeit zu einer spontanen Gewalteskalation führen kann.

Insbesondere jugendliche PKK-Anhänger sind erkennbar verstärkt bereit, auch gewaltsame Aktionsformen einzubeziehen. Diese dürften sich gegen türkische Einrichtungen, Personen des türkisch-nationalen Spektrums, Personen des salafistischen Spektrums und Einsatzkräfte der Polizei richten. Vor dem Hintergrund der Lageverschärfung in der Türkei und dem Nordirak fällt es der PKK offenkundig zudem zunehmend schwer, trotz aller jedenfalls nach außen kommunizierter Beschwichtigungsversuche, ihre jugendlichen Anhänger im Griff zu halten.